



Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Margit Wild, Christian Flisek, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Florian von Brunn, Ruth Müller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster SPD**

Opfer von Missbrauch und Gewalt ernst nehmen – Pläne für Anlauf- und Lotsenstelle offenlegen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie schriftlich über die Ankündigung von Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Ulrike Scharf (vom 18.04.2023) „beim Zentrum Bayern Familie und Soziales eine zentrale Anlauf- und Lotsenstelle für alle Fälle von Missbrauch und Gewalt“ einrichten zu wollen, zu berichten.

Ziel des Berichts soll es sein, die Pläne zur Ausgestaltung der Stelle und den Zeitplan der Ministerin offenzulegen. Auch die konkreten Aufgaben der Stelle sollen benannt werden.

Begründung:

Schon seit Langem fordert die SPD-Fraktion die Einrichtung eines unabhängigen, beim Landtag angesiedelten Missbrauchsbeauftragten, der als Ansprechpartner fungieren und auf alle notwendigen Vernetzungs- und Umsetzungsprozesse einwirken soll. Lange Zeit hat sich die Staatsregierung und auch die Staatsministerin dieser Forderung verwehrt mit dem Hinweis, dass dies aufgrund der zahlreichen bereits bestehenden Beratungsstellen nicht erforderlich sei.

Auch für Betroffene kam die Ankündigung der Staatsministerin vom 18.04.2023 „beim Zentrum Bayern Familie und Soziales eine zentrale Anlauf- und Lotsenstelle für alle Fälle von Missbrauch und Gewalt“ einrichten zu wollen sehr überraschend. Weitere Details sind jedoch nicht bekannt: Etwa wann die Stelle ihre Arbeit aufnehmen und welche Aufgaben sie erfüllen soll.

Eine unabhängige Anlaufstelle ist für die Betroffenen enorm wichtig. Dass Bayern hier Defizite hat, darauf hat auch der ehemalige Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, Johannes-Wilhelm Rörig, die Staatsregierung schon 2019 hingewiesen.

Wichtig ist es, dass die Anlaufstelle für alle Opfer von Missbrauch und Gewalt ansprechbar ist. Betroffenenorganisationen haben hier bereits signalisiert, ihre Expertise zur konkreten Ausgestaltung der Stelle einbringen zu wollen. Dieses Angebot sollte die Staatsregierung aufgreifen.